09.04.2020

ANTRAG

der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Hundsmüller, Dr. Michalitsch, Mag. Samwald, Ing. Schulz, Hauer

betreffend **Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973)**

Mit dem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Hundsmüller, Dr. Michalitsch, Mag. Samwald, Edlinger, Hauer, Kaufmann, Kasser, Ing. Rennhofer betreffend ein NÖ COVID-19-Gesetz sollen jene legislativen Maßnahmen getroffen werden, die aufgrund der vielfältigen Auswirkungen der „Corona-Krise“ auf die landesgesetzlich geregelten Lebensbereiche notwendig sind. Dazu gehört insbesondere die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Gemeinden, insbesondere in finanzieller Hinsicht.

Da die geplante Änderung vom Einspruchsrecht der Bundesregierung gemäß §§ 9 iVm 14 Finanz-Verfassungsgesetz 1948 umfasst ist und um eine umgehende Kundmachung des NÖ COVID-19-Gesetzes sicherzustellen, ist es erforderlich, diese Änderung in einen eigenständigen Antrag aufzunehmen.

Zum Entwurf im Detail:

Die befristete Erhöhung des in Abs. 1 festgelegten Prozentsatzes dient der Abfederung der aufgrund der derzeitigen COVID-19-Pandemie zu erwartenden Einnahmenschwankungen der Gemeinden.

Entsprechend § 72a Abs. 9 NÖ Gemeindeordnung 1973 dürfen Vorhaben, die als Einzelnachweis im Investitionsnachweis ausgewiesen sind, erst dann begonnen werden, wenn der Eingang der hierfür vorgesehenen Mittelaufbringungen gesichert ist sowie alle erforderlichen aufsichtsbehördlichen Genehmigungen nach § 90 NÖ Gemeindeordnung 1973 vorliegen.

Der letzte Satz in § 79 Abs. 1a des Entwurfs regelt unmissverständlich, dass der Kassenkredit kein Bedeckungsmittel ist. Eine gesicherte Bedeckung (nach § 72a Abs. 9 NÖ Gemeindeordnung 1973) liegt nur dann vor, wenn z.B. zugesagte Förderungen, Eigenmittel, Darlehensaufnahmen oder Vermögensveräußerungen realisierbar sind.

Der Kassenkredit dient zur kurzfristigen Liquiditätsbeschaffung zur Bestreitung von Pflichtausgaben der Gemeinde. Er dient somit als kurzfristige Zwischenfinanzierung für erzielbare Einzahlungen aus Steuern, Abgaben und Gebühren sowie zugesagten Förderungen. Diese Einzahlungen müssen jedenfalls in einem absehbaren Zeitraum erzielbar sein und dürfen keinesfalls langfristige Forderungen beinhalten.

Primär ist der Kassenkredit daher vor allem zur Zwischenfinanzierung für laufende Mittelaufwendungen zur Aufrechterhaltung der absolut notwendigen Infrastruktur der Gemeinde in Anspruch zu nehmen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der beiliegende Gesetzesentwurf betreffend Änderung der NÖ Gemeindeordnung 1973 (NÖ GO 1973) wird genehmigt.

2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem RECHTS- UND VERFASSUNGSAUSSCHUSS so rechtzeitig zuzuweisen, dass eine Behandlung in der Landtagssitzung am 16. April 2020 möglich ist.